

Peter Haisenko: Israel – woher kommen die Waffen?

„Mit einem Auszug aus meinem Werk >England, die Deutschen, die Juden und das 20. Jahrhundert<.“ Originalquelle:

<https://www.anderweltonline.com/klartext/klartext-20232/israel-woher-kommen-die-waffen/>. 12.10.2023.

*

Israel – woher kommen die Waffen?

12. Oktober 2023.

Von Peter Haisenko.

Hamas hat Israel mit tausenden Raketen angegriffen. Diesmal nicht mit einfachen Eisenrohren, die mit Schwarzpulver gefüllt waren. Es sind Raketen mit Reichweiten über Tel Aviv hinaus und mit einem Sprengkopf. Und Drohnen. Die Hamas kann derartige Kriegsgeräte nicht selbst herstellen. Zu behaupten, der Iran hätte die geliefert, ist zu billig.

Es ist nicht falsch, den Gaza-Streifen als das größte Konzentrationslager zu bezeichnen. Etwa zwei Millionen Menschen leben auf diesem kleinen Raum und der ist von Mauern umzäunt. Israel hat die vollständige Kontrolle über das Gebiet und über alles, was hineinkommt oder heraus darf. Wie weit das geht wird jetzt deutlich, weil Israel in der Lage ist, den Palästinensern Wasser, Lebensmittel und Strom abzuschalten. Selbst die UN spricht hierzu von einem Verstoß gegen die Menschenrechte, was aber Israel nicht interessiert. Wie war es da möglich, Waffen in dieser Menge nach Gaza zu bringen?

Der gesamte Vorgang um den Gaza-Streifen ist gespickt mit offenen Fragen. Wieso konnte der Mossad mit dem Angriff überrascht werden? Wie konnte die Hamas die Absperrungen um Gaza überwinden? Warum hat es so lange gedauert, bis die Armee den angegriffenen Siedlungen Entsatz bringen konnte. Warum hat der „Iron Dome“ versagt? Die letzte Frage ist leicht zu beantworten. Selbst die beste Luftabwehr kann einen Hagel von tausenden Geschossen nicht abfangen und damit sind wir zurück bei der Frage, wie diese Geschosse nach Gaza gekommen sind. Selbstverständlich wurde sofort der Iran verantwortlich gemacht, aber dieser Vorwurf ist ebenso schnell wieder verschwunden. Es geht nämlich nicht nur um Raketen, sondern auch um Waffen, mit denen Panzer zerstört werden können und damit sind wir bei der Ukraine. Hat die Hamas Waffen aus der Ukraine erhalten?

Schon seit mehr als einem Jahr wird vor allem aus den USA angemahnt, Kiew müsse nachweisen, wohin all die Waffen verbracht worden sind, die die NATO an Kiew geliefert hat. Hohe Kiewer Militärs sind entlassen worden, unter der Anklage, sich an den Waffenlieferungen bereichert zu haben. Seit dreißig Jahren ist bekannt, daß Kiew Waffen an jeden verkauft, der genügend bezahlen kann. Besonders in Afrika. Nicht nur Russland hat davor gewarnt, daß NATO-Waffen überall auf den Schwarzmärkten aufgetaucht sind. Wieviele davon sind im Gaza-Streifen gelandet?

Aber auch hier steht die Frage im Raum, wie diese Waffen unbemerkt dort eingeschleust werden konnten. In diesem Sinn muß die Frage erlaubt sein, ob Israel selbst dafür gesorgt hat, daß diese Eskalation stattfinden kann.

Israel hat massive interne Probleme. Massendemonstrationen gegen die Entmachtung des Verfassungsgerichtshofs waren an der Tagesordnung. Und es waren wirklich Massendemonstrationen. Wenn da von einer halben Million Demonstranten berichtet wird, muß man das ins Verhältnis stellen. Deutschland hat etwa zehn mal mehr Einwohner als Israel. Wenn also dort eine halbe Million auf die Straße geht, ist das so, wie wenn in Deutschland fünf Millionen protestieren. Man kann also sagen, in Israel brennt die Hütte, innenpolitisch. Gilt da noch die alte Regel, daß ein Staat mit innenpolitischen Problemen dazu neigt, mit einem Krieg von diesen Problemen abzulenken? Israel hat jetzt ein Kriegskabinett mit nahezu unbeschränkter Macht. Zum anderen ist es aber auch so, daß gerade eine Annäherung Israels mit arabischen Staaten gelaufen ist. Da muß man fragen, wer daran kein Interesse hat. Wer keinen Frieden in der Region wünscht.

Frieden durch Völkermord?

Aus der Sicht Israels ist die Haltung verständlich, daß es kaum Frieden geben kann, solange zwei Millionen Palästinenser im Gaza-Streifen leben. Israel selbst hat schließlich dafür gesorgt, daß der Haß in Gaza auf Israel stetig zunimmt. Immer wieder haben sie Wohnhäuser bombardiert und unzählige Zivilisten ermordet. Das erlebt gerade einen neuen Höhepunkt. Gaza-Stadt sieht in Teilen schon so aus wie Dresden nach der Höllennacht 1945. Der israelische Verteidigungsminister hat die Bewohner von Gaza schon als „Nicht-Menschen“ klassifiziert und will die Region dem Erdboden gleich machen. Man könnte dazu sagen, das wäre auch eine Lösung des alten Problems. Dabei ist es fast gleichgültig, ob diese Nicht-Menschen durch Bomben oder Mangel an Wasser und Nahrungsmitteln umgebracht werden.

Die Situation ist unübersichtlich und total verfahren. Zu viele Akteure und Interessen sind beteiligt. Kann es da überhaupt einen Ausweg geben? Ich denke, den kann es geben. Wie bei allen Problemen sollte man nach den Ursprüngen suchen und die aufdecken. Warum gibt es überhaupt den Haß zwischen Juden und Arabern/Palästinensern? Erst wenn man beide Seiten darüber aufklärt, wer diesen Haß geschaffen hat und warum, wird es möglich sein, zur Vernunft zurückzukehren.

Wenn beide Seiten erkennen, daß sie beide Opfer einer perfiden Machtpolitik geworden sind, die eigentlich nichts mit dem natürlichen Umgang miteinander zu tun hat und das bis heute so geblieben ist. In diesem Sinn sollte man die Geschichte Palästinas nach dem Ersten Weltkrieg genau betrachten. Da liegt nämlich die Wurzel des Übels. Aus diesem Grund füge ich hier einen Auszug aus meinem Werk „England, die Deutschen, die Juden und das 20. Jahrhundert“ an. Sie können dieses Kapitel auch als [PDF hier herunterladen](#).

Auch hier gesichert:

Peter Haisenko: [England, die Deutschen, die Juden und das 20. Jahrhundert](#). Ein vom Autor bereitgestellter Auszug aus seinem Werk. „Gutes kann niemals aus Lüge und Gewalt entstehen.“ Mahatma Gandhi. [Hier](#) zu beziehen. 2023.

*

Auszug aus dem Werk von Peter Haisenko: England, die Deutschen, die Juden und das 20. Jahrhundert

Kapitel 16. Israel

„Gutes kann niemals aus Lüge und Gewalt entstehen.“

Mahatma Gandhi

Bis 1917 herrschte Frieden zwischen Arabern und Juden. Überall. Es gab zwar in den islamischen Ländern die so genannte „Dhimmi-Gesetzgebung“, aber sie bezog sich nicht speziell auf Juden, sondern auf alle Bevölkerungsgruppen, die nicht Moslems waren. Die „Dhimmi-Gesetzgebung“ besagte, daß in den Ländern, die unter dem Gesetz der Shariah standen, den Ungläubigen nur ein jederzeit widerrufbares Lebensrecht zugestanden wurde, gegen Zahlung einer jährlichen Steuer. Unter europäischem Druck oder durch die Kolonisierung wurde Mitte des 19. Jahrhunderts die „Dhimmi- Gesetzgebung“ im osmanischen Reich aufgehoben. Auch in anderen arabischen Staaten wurde diese Gesetzgebung im 20. Jahrhundert gelockert. In allen arabischen Staaten gab es große jüdische Gemeinden, die freundlich als Bereicherung für die Länder betrachtet wurden und einen erheblichen Beitrag zum Wohlstand leisteten. Alle Juden dieser Region waren Sepharden und wurden dementsprechend von den Arabern als semitische Brüder anerkannt. Palästina war hier eine kleine Ausnahme. Bereits im 19. Jahrhundert sind aschkenasische Juden vor den Pogromen und Diskriminierungen in osteuropäischen Ländern nach Palästina geflohen. Juden aus Deutschland waren eher nicht dabei. Bis 1917 gab es ein friedliches Nebeneinander mit der eingeborenen Bevölkerung.

Der Ärger begann, als die Engländer die Macht über die arabischen Länder nach Zerschlagung des osmanischen Reichs erobert hatten. In dieser Zeit bekam der Zionismus, dessen Wurzeln man bis zum Anfang des zweiten Jahrtausends zurückverfolgen kann, eine neue Bedeutung. Der Zionismus war eher ein romantischer Traum und verfolgte keinesfalls imperialistische Ideen irgendwelcher Art. Er war die Sehnsucht einer Religionsgemeinschaft, die über die ganze Welt verstreut war, nach einer gemeinsamen Heimat. Mitglieder dieser Gemeinschaft, die in ihren Ländern assimiliert und anfeindungsfrei lebten, standen der Idee des Zionismus eher skeptisch gegenüber. Auch Theodor Herzl hat in seinen Ausführungen nichts Aggressives oder Imperialistisches formuliert. In England wurde die zionistische Idee zum Ende des 19. Jahrhunderts von Seiten der hohen Politik gefördert und auch in ihrer Richtung beeinflusst.

Die „Balfour Deklaration“ vom 2. November 1917 ist die logische Folge davon. Schon mit der irreführenden Benennung „Balfour Deklaration“ beginnt eine Reihe von Täuschungen und gebrochenen Versprechen seitens der Engländer. Federführend bei der „Balfour Deklaration“ war nicht Lord Balfour, sondern Lord Milner. Dieser Lord ist uns schon bekannt als der Pressezar von England, dem unter anderem die „London Times“ gehörte. Lord Milner war ein enger Freund und Logenbruder von Sir Cecil Rhodes und Lord Lionel Walter Rothschild. Die Balfour Deklaration war ursprünglich in Form eines Briefs abgefasst, den Balfour, Außenminister Großbritanniens, an Rothschild sandte. Hier der Inhalt dieses Briefs:

Verehrter Lord Rothschild,

ich bin sehr erfreut, Ihnen im Namen der Regierung Seiner Majestät die folgende Erklärung der Sympathie mit den jüdisch-zionistischen Bestrebungen übermitteln zu können, die dem Kabinett vorgelegt und gebilligt worden ist:

Die Regierung Seiner Majestät betrachtet mit Wohlwollen die Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina und wird ihr Bestes tun, die Erreichung dieses Zieles zu erleichtern, wobei, wohlverstanden, nichts geschehen soll, was die bürgerlichen und religiösen Rechte der bestehenden nicht-jüdischen Gemeinschaften in Palästina oder die Rechte und den politischen Status der Juden in anderen Ländern in Frage stellen könnte. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diese Erklärung zur Kenntnis der Zionistischen Weltorganisation bringen würden.

Ihr ergebener Arthur Balfour

Die weitere Zeit hat gezeigt, daß diese Erklärung das Papier nicht Wert war, auf dem sie stand. England hat sich an nichts, aber auch gar nichts, gehalten, was dem Sinn der Erklärung entsprochen hätte. Es beginnt damit, daß den Zionisten und den Arabern zwei unterschiedliche Versionen der selben Deklaration zugestellt wurden. Darüber hinaus wurden den Arabern gegenüber zusätzlich mündliche Versicherungen gemacht, die diametral dem gegenüberstehen, was den Zionisten vermittelt wurde. Aus heutiger Sicht und unter Betrachtung der aktuellen Situation herrscht weitgehende Einigkeit unter Historikern, daß spätestens ab 1917 der arabisch-jüdische Konflikt von England geschürt oder sogar herbeigeführt worden ist. Bis heute dient dieser Konflikt zur Destabilisierung der arabischen Region zu Gunsten der geostrategischen Ziele Englands. Es ist aufschlußreich und spannend die Abläufe in Palästina zu betrachten, die leider dem allgemeinen Geschichtsbewußtsein vorenthalten werden.

Die Balfour-Erklärung wurde von folgenden britischen Berechnungen geleitet: Es gab das kriegspolitische Ziel, die jüdischen Gemeinschaften in aller Welt für die Sache der Alliierten zu gewinnen, auf die die Zionisten alle ihre Hoffnungen setzen sollten. Geostrategisch gesehen wollte sich England in der Rolle eines Garanten der jüdischen nationalen Heimstätte auch jenseits des Suezkanals festsetzen. Ein dem Westen aufgeschlossenes Palästina sollte die Landverbindung zwischen dem britischen Ägypten und einem künftigen britischen Mesopotamien herstellen. Keine andere Macht sollte sich dazwischen schieben. Man wollte auch das Sykes-Picot-Abkommen mit Frankreich revidieren und eine exklusive britische Kontrolle Palästinas erreichen. Gegenüber der Weltöffentlichkeit sollte die erstrebte britische Herrschaft über Palästina in Gestalt der Unterstützung des Selbstbestimmungsrechtes und der Selbstverwirklichung einer unterdrückten Nation, nämlich der jüdischen, dargestellt werden.

Die jüdischen Vertreter der Zionisten, unter ihnen Chaim Weizmann, Nachum Sokolow und Menachem Ussischkin, verfolgten eine sehr gemäßigte Linie. Sie erbaten sich eine moderate Zuwanderung und das Recht auf eigene Verwaltungs- und Bildungseinheiten. Ein eigener Staat gehörte damals noch nicht zu den Forderungen der Zionisten. Das wurde erst wesentlich später notwendig, nachdem die Situation ins Unerträgliche eskaliert war. Die Araber standen einer jüdischen Einwanderung grundsätzlich freundlich gegenüber. Das änderte sich erst, nachdem bekannt geworden war, daß es unterschiedliche Versionen der „Balfour Deklaration“ gab und der geplante Betrug offensichtlich war. Bis dahin waren die Verhandlungen zwischen den Zionisten und den Arabern freundlich und von gegenseitigem Verständnis geprägt. Sie führten zum so genannten „Faisal-Weizmann-Abkommen“, das am 3. Januar 1919 zustande kam. König Faisal I. war der König von Syrien, zu dessen Herrschaftsgebiet damals auch Palästina zählte. Dieses Abkommen sollte eine freundschaftliche und neidfreie Zusammenarbeit von Arabern und Juden in Palästina gewährleisten und hatte darüber hinaus die Unabhängigkeit von Syrien zum Ziel. Die Herrschaft der Engländer über die Region sollte mit Hilfe der Juden beendet werden. König Faisal erklärte in einer Denkschrift:

"Die Juden stehen den Arabern blutsmäßig sehr nahe und zwischen den beiden Völkern gibt es keinen Konflikt der Charaktere. Grundsätzlich besteht zwischen uns absolutes Einvernehmen."

In einem Brief an Professor Felix Frankfurter, einen bedeutenden amerikanischen Zionisten, schrieb er:

"Wir werden den Juden ein herzliches Willkommen in der Heimat entbieten [...]. Die jüdische Bewegung ist national und nicht imperialistisch und es gibt in Syrien für jeden von uns Platz. Ja ich bin der Ansicht, daß keinem ohne den anderen ein echter Erfolg beschieden sein kann."

Allerdings waren alle Vereinbarungen zwischen Faisal und den Zionisten auf dem Versprechen der Engländer begründet, Syrien in die Unabhängigkeit zu entlassen. Dieses Versprechen war den Syrern von England während des Kriegs mit dem osmanischen Reich gegeben worden, um sie für sich und gegen die Osmanen zu mobilisieren. Tatsächlich wurde diese Zusage von den Engländern nicht eingelöst, und so trat das Faisal-Weizmann-Abkommen nie in Kraft. Deswegen wird diesem Abkommen zu wenig Beachtung geschenkt, obwohl, oder gerade weil es beweist, daß sich zu dieser Zeit die jüdischen und die arabischen Interessen nicht grundsätzlich feindlich gegenüberstanden.

Bis zum Sommer 1919 war den Syrern die Doppelzüngigkeit der Balfour Deklaration und der Bruch des englischen Versprechens auf Unabhängigkeit klar geworden, und sie veränderten ihre Haltung grundsätzlich. Es gab keine Vertrauensbasis mehr, und die Syrer lehnten ab sofort jede weitere Einwanderung von Juden ab. England setzte dem ganzen noch die Krone auf, indem man dem Juden Sir Herbert Samuel 1920 das Amt des Britischen Hochkommissars für Palästina übertrug. Samuel tat nichts, was seinem offiziellen Auftrag entsprochen hätte, und man muß davon ausgehen, daß er in Übereinstimmung mit der englischen Regierung gehandelt hat, weil er nicht von seinem Amt entbunden wurde. Nun könnte man annehmen, daß der Jude Samuel in besonderem Maße die Interessen der Juden in Palästina wahrgenommen hätte. Das war aber nicht der Fall. Er hat nicht das Geringste unternommen, um die Wogen in Palästina zu glätten. Im Gegenteil hat er gegen den Willen Syriens weitere Zuwanderung von Juden gestattet und auch seine Beamten nicht im Sinne der Balfour Deklaration zum Handeln angewiesen. Das führte sehr schnell, bereits im April 1920, zu ersten Pogromen in Jerusalem, die sich ein Jahr später in Jaffa fortsetzen sollten. Weder die arabische Polizei noch die englische Mandatsmacht griffen ein, um die Bürger am gegenseitigen Töten zu hindern.

England erstellte einen „Untersuchungsbericht“ über die Ausschreitungen und gestattete in der Folge den Juden das Tragen von Waffen. Damit war der Zustand hergestellt, daß sich von da an bewaffnete Juden und Araber gegenüber standen. Sir Herbert Samuel war aber damit noch lange nicht fertig. Gleichzeitig mit der Bewaffnung der Juden belieferte England Syrien mit Waffen, um einen syrischen Aufstand gegen Frankreich zu unterstützen. Es mußte Englands Politikern bewußt sein, daß diese Waffen früher oder später gegen die Juden in Palästina eingesetzt werden. Damit das auch sicher passieren würde, setzte Samuel 1921 den vollkommen ungeeigneten Extremisten Hadji Amin al-Husseini als Großmufti von Jerusalem ein. Das geschah gegen den ausdrücklichen Widerspruch des hohen muslimischen Rates, der Husseini als Ganoven und zu wenig gebildet betrachtete. Husseini war bei den Engländern kein Unbekannter und sie können nicht behaupten, fahrlässig gehandelt zu haben. Ihr Wissen um die Person Husseinis und seine Taten lassen nur den Schluss zu, daß sie vorsätzlich gehandelt haben.

Husseini war von den Engländern 1920 verhaftet und zu 15 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden, weil er sich als anti-Zionist und fanatischer arabischer Nationalist bei den vorangegangenen Pogromen besonders hervorgetan hatte. Doch bereits ein Jahr später ermöglichten die Engländer Husseini nicht nur die Flucht, sondern gestatteten ihm sogar die Rückkehr nach Jerusalem. Es ist schon in höchstem Maße bemerkenswert, daß Samuel kurz darauf diesen Mann, der immer noch dem englischen Urteil zu 15 Jahren Zwangsarbeit unterstand, zum Großmufti von Jerusalem ernannte. Noch dazu war Husseini für diese Position in keiner Weise qualifiziert. Mit gerade mal 26 Jahren war er der jüngste Großmufti aller Zeiten und besaß auch nicht die notwendige Ausbildung für so ein hohes Amt. Das Einzige, was Husseini garantieren konnte, war sein fanatisches Vorgehen gegen die jüdische Bevölkerung. In dieser Hinsicht hat er die Engländer nicht enttäuscht.

So fanden bereits 1922 wieder Pogrome statt, die mehr als hundert Opfer forderten. Husseini war maßgeblich an der Organisation und Ausführung beteiligt. Wieder wurde ein „Untersuchungsbericht“ (White Paper) erstellt, in dem die Schuld für die Ausschreitungen eindeutig den Arabern zugeschrieben wurde. Dennoch wurden nur die Juden von den Engländern ermahnt, die Rechte und religiösen Bräuche der Araber besonders zu respektieren. Gleichzeitig wurde aber von den Engländern die Bildung der bewaffneten jüdischen Schutzorganisation Haganah toleriert, deren Gründer noch 1920 verhaftet worden waren. 1922 meldeten auch die USA ihre Interessen in der Gegend an und unterstützten fortan die Politik Englands in Arabien. Diese Gemeinsamen Bemühungen zur Destabilisierung der Region trug dann auch 1926 Früchte: In einem Akt der Piraterie teilten England, Frankreich und die USA die *Iraq Petrol Company* untereinander auf. England nahm sich 52,5 %, Frankreich und die USA jeweils 21,25 %. Gerade mal 5 % durften die Iraker behalten. Mit welchem Recht, außer dem Recht des Stärkeren, dieser Akt in Einklang zu bringen ist, erscheint nach wie vor völlig unklar. Eines steht aber fest: In einer stabilen politischen Umgebung hätte dieser Raubzug nicht stattfinden können.

1922 bekam England vom Völkerbund das Mandat über Palästina offiziell zugesprochen. Damit stand alles, was in Palästina passierte, unter dessen Verantwortung. Es passierte viel, aber davon war wenig gut. England ermunterte die Araber zu einer kompromisslosen Haltung gegenüber den Juden. Sie unterstützten die Araber nicht nur mit Geld und Waffen, sondern auch mit Propaganda und Schulungen, die die Bildung extrem nationalistisch-arabischen Gedankenguts förderten. Sie machten den Arabern immer wieder Versprechungen bezüglich der Unabhängigkeit ihres Landes, von denen sie nicht eine einhielten. Churchill selbst hat sich dabei besonders hervorgetan, wie man in seinem „Weißbuch“ von 1922 lesen kann. Darin stellt er fest, daß er „Palästina niemals so jüdisch werden lassen will, wie England englisch ist“. Die jüdischen Zionisten haben sich diesem Ziel untergeordnet. Die Araber, die mittlerweile die Unzuverlässigkeit englischer Versprechen kannten, nicht. So ist es kein Wunder, daß 1929 die andauernden kleineren Reibereien zwischen Juden und Arabern wieder zu einem großen Aufstand führten. Geschickt gestreute Gerüchte, die Juden wollten die heiligen Stätten Jerusalems ganz für sich beanspruchen, stachelten die Araber auf zu einem Pogrom, bei dem mehrere hundert Menschen den Tod fanden. Die Engländer unternahmen nichts zum Schutz der Bürger, erstellten ein weiteres Mal ein „White Paper“, das wieder keinerlei Konsequenzen hatte.

Während der ganzen Zeit ermordete Husseini nicht nur Juden, sondern auch Araber, die eine seinen Interessen zuwider laufende Haltung vertraten. Daß er dabei in Übereinstimmung mit England gehandelt hat, steht außer Frage. Schließlich hatten die Engländer die Macht, Husseini jederzeit aus seinem Amt zu entfernen oder zumindest zur Ordnung zu rufen. Wie

sehr die englischen Intrigen den tatsächlichen Interessen der Araber widersprachen, zeigt ein Artikel von 1930 in der Jerusalemer arabischen Zeitung „*Al Inqdam*“:

„Wir werden geführt von einer Gruppe von Männern, die uns verkaufen und uns wie eine Viehherde kaufen und verkaufen. Das arabische Volk hat noch nicht sein letztes Wort in der arabisch-jüdischen Frage gesprochen. Wenn dieses Wort gesprochen sein wird, wird es keines des Haßes, sondern eines des Friedens und der Brüderlichkeit sein, wie es angemessen ist für zwei Völker, die in einem Staat leben.“ Wohlgemerkt, das sind die Worte eines arabischen Journalisten in einer arabischen Zeitung!

1930 und in den folgenden Jahren gibt es in Syrien und den anderen arabischen Staaten keinerlei anti-jüdische Ausschreitungen. Im Gegenteil: Einwohner aus Syrien und dem Libanon richten eine Petition an Frankreich, in der sie darum bitten, jüdische Einwanderung zu gestatten, auf daß ihr Land prosperieren möge. William Ziff, der renommierte amerikanische Historiker, spricht 1938 davon, daß der jüdisch-arabische Konflikt nicht durch ethnischen oder religiösen Haß entstanden ist, sondern von den Engländern initiiert wurde. Er vertritt die Meinung, wie viele andere auch, daß ein jüdisch-palästinäischer Staat schon längst hätte existieren können, wenn die Engländer den Konflikt nicht geschürt hätten. Man stelle sich vor, was die Existenz eines solchen Staates für die Rettung von Hunderttausenden Juden bedeutet hätte, die von der Vernichtung durch Hitler-Deutschland bedroht waren. Hier ist es angebracht, einige allgemeine Betrachtungen über die englische Politik einzufügen.

Die englische Politik war immer ausschließlich an den imperialen Zielen des British Empire orientiert und hat sich nie an seine eigenen Versprechungen gebunden gefühlt. *All the world is mine*. Es lohnt sich, einen Schotten oder einen Ire zu diesem Thema zu befragen. England hat sich nie gescheut, Piraten und andere Hasardeure für die Ziele seiner Politik einzusetzen oder selbst derartige Akte zu begehen. Man denke nur an Francis Drake, den blutrünstigen Piraten der Karibik, der später als Sir Francis Drake geadelt wurde. Die Politik Englands hat in den Ländern des British Empire immer wieder dazu geführt, daß eine Unzahl von Menschen zu Tode kamen, sei es durch Gewalt oder Hunger. Allein in Indien verhungerten unter der Herrschaft Englands innerhalb von 300 Jahren mehr als 50 Millionen Menschen während mehrerer Hungersnöte. Die entsprechenden Berichte der Engländer erklären selbstverständlich, daß diese wegen Verwaltungsproblemen nicht zu verhindern gewesen seien. Die Archive der Handelsgesellschaften weisen aber aus, daß der Export von Lebensmitteln aus Indien auch während der Hungersnöte unvermindert weiter betrieben worden ist. Wo immer Bodenschätze oder andere Reichtümer entdeckt wurden, dauerte es nicht lange, bis sich England, meist mit Waffengewalt, den Zugriff sicherte. Wenn man davon absieht, daß die Kontrolle über die Ölquellen Mossuls eine Folge des Kriegs gegen Deutschland war, war das letzte Beispiel hierfür die Eroberung des Oranje Freistaats in Südafrika, in dem kurz vorher gewaltige Gold- und Diamanten-Vorkommen nachgewiesen worden waren. England hat seine Allianzen immer so schnell gewechselt, wie es die aktuelle Politik erforderte.

Im 20. Jahrhundert hatte sich die Gesamtsituation etwas verändert. Die neue Nachrichtentechnik erlaubte den Austausch von Informationen weltweit innerhalb von Minuten. Eine erwachende liberale Weltpresse informierte die Weltöffentlichkeit kritisch über die Vorgänge in der Politik. Das geschah zeitnah und es war nicht mehr möglich, piratische Eroberungsakte unter dem Deckmäntelchen der Vergangenheit aus der aktuellen Kritik herauszuhalten. Die imperiale englische Politik mußte nun vermehrt Intrigen und Täuschung anwenden, um nicht von der Weltöffentlichkeit als Aggressor gebrandmarkt zu werden. Diese Methode beherrschten die Engländer meisterhaft. Sie hatten dabei noch einen weiteren

Vorteil: weite Bereiche der internationalen Presse wurden von ihnen kontrolliert. So ist es ihnen immer wieder gelungen, die Schuld an Krisen und Kriegen, die letztlich nur ihren eigenen Interessen dienten, anderen in die Schuhe zu schieben. Erst viel später, heute zum Beispiel, ist es möglich, eine durchgängige Linie in der englischen politischen Handlungsweise aufzudecken.

In Palästina hat England den jüdisch-arabischen Konflikt herbeigeführt, indem es den Arabern Versprechungen machte, die es nicht eingehalten hat. England hat die Araber zu einer kompromisslosen Haltung gegenüber den Juden aufgefordert und damit die Situation geschaffen, die wir heute im nahen Osten beklagen müssen.

Dieses Muster ist auch bei den anderen großen Konflikten des 20. Jahrhunderts zu erkennen. Vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs hat England sowohl Serbien als auch Russland zu einer kompromisslosen Haltung gegenüber Deutschland aufgefordert. Damit hat es jegliche Deeskalation hintertrieben und der Krieg wurde unausweichlich. Das Gleiche geschah 1939 mit Polen. Anstatt auf die Verantwortlichen einzuwirken, Verträge zu respektieren und einen vernünftigen Ausgleich zu suchen, hat England Polen den Rücken gestärkt, Deutschland ultimativ zu provozieren, bis ein Krieg unausweichlich geworden war. Auch hier hat England anschließend seine Versprechen gegenüber Polen nicht eingehalten.

Die Haltung der englischen Politik gegenüber den bedrohten osteuropäischen Juden während der Zeit des Dritten Reichs kann nur als katastrophal bezeichnet werden. Sie hat zumindest nichts unternommen, was die Rettung wenigstens eines Teils von ihnen befördert hätte. 1944 hat Heinrich Himmler England Friedensverhandlungen angeboten. Dieses Angebot beinhaltete unter anderem die Zusage, 100.000 ungarische Juden aus Ungarn nach Palästina ausreisen zu lassen gegen die Lieferung von 10.000 Lastwagen. Diese Zusage war nicht abhängig gemacht worden von erfolgreichen Friedensverhandlungen – dennoch lehnte England rundheraus ab. Es verhandelte nicht einmal über die Rettung der ungarischen Juden. Ich halte die Feststellung für legitim, daß für England offensichtlich 1944 das Leben von zehn Juden keinen Lastwagen Wert war. Gleichzeitig hat England Lastwagen und anderes Material an Stalin verschenkt, der nun auch nicht unbedingt für einen besonders schonenden Umgang mit Juden bekannt war. Bei dieser Betrachtung ist es unwesentlich, wer wie den Zustand hergestellt hatte, der ein derart unwürdig absurdes Angebot überhaupt ermöglichte.

Hier kommen wir zu einem spannenden Punkt im Verlauf der „Karriere“ von Hadji Amin al-Husseini. Etwa 1933 erkannte er, daß er seine persönlichen Ziele mit den Engländern nicht verwirklichen konnte. Nach mehr als zehn Jahren Zusammenarbeit mit den Engländern kam es endlich zum Konflikt, nachdem Husseini seine Attentate auch auf englisches Personal ausgeweitet hatte. Er mußte 1937 fliehen und suchte fortan engen Kontakt mit Deutschland, dessen Agent er 1938 wurde. Es ist nur logisch, daß der Judenhaßer Husseini in Hitler sofort einen Freund fand. Mit dessen Unterstützung führt Husseini jetzt seine Tätigkeit gegen Juden im ganzen nahen Osten fort. In Bagdad organisierte er den anti-englischen Aufstand vom 2. April 1941, der von den Engländern niedergeschlagen wurde. Dennoch entstand daraus mit seiner Hilfe das erste Pogrom in arabischen Ländern außerhalb Palästinas. 180 Menschen wurden dabei ermordet, an die 1000 verletzt; 586 Geschäfte geplündert und verwüstet. Die Engländer als Mandatsmacht haben nicht eingegriffen und es tatenlos geschehen lassen.

Husseini genießt die Freiheit, durch die Länder Arabiens zu ziehen und Judenhaß zu verbreiten. Er reist nach Berlin und zurück und treibt sein Unwesen mit deutscher Hilfe. Warum es den Engländern niemals gelungen ist, seiner habhaft zu werden, ist absolut unerklärlich. Ich halte die Spekulation nicht für abwegig, daß die Engländer mit seinem

Treiben durchaus einverstanden waren. Führt er doch nur das fort, was er in Palästina schon unter der Aufsicht Englands begonnen hatte. Das Ende des Zweiten Weltkriegs erlebt Husseini in der Schweiz, die ihn dann nach Frankreich abschiebt. Eine Auslieferung nach Jugoslawien lehnt Frankreich ab, weil er dort als Kriegsverbrecher gesucht wird. Die Alliierten machen Husseini nicht den Prozess, sondern lassen ihn frei nach Ägypten ausreisen, wo er als „Nationalheld“ empfangen wird. Von dort organisiert er weiterhin seinen Kampf gegen die Juden. Als der jordanische König Abdullah 1951 die Position des Großmuftis von Jerusalem neu vergibt, lässt Husseini, der bis dahin dieses Amt noch inne hatte, seinen Nachfolger ermorden. Jordanien erlaubt Husseini nicht die Rückkehr nach Jerusalem, weil er dort als Aufrührer und Hetzer unerwünscht ist. In den 1950er Jahren wird Husseini im Gaza-Streifen jubelnd empfangen und Mentor von Yassir Arafat. 1974 stirbt Husseini im ägyptischen Exil eines natürlichen Todes.

Das Leben Husseinis zeigt wieder einmal deutlich, daß die Politik Englands und der Alliierten nicht darauf ausgerichtet war, Frieden zu stiften und Morden zu verhindern. Geostrategische Ziele waren das höhere Gut. Wie an anderen Stellen des 20. Jahrhunderts auch, hatten es die Engländer in Palästina in der Hand, die Geschehnisse in ihrem Sinn zu lenken. Sie hätten sich nur an ihr eigenes Urteil halten brauchen und Husseini seine 15 Jahre Zwangsarbeit ableisten lassen. Oder spätestens 1945, als sie seiner definitiv habhaft waren, hätten sie ihn wiederum verurteilen und wegsperrern müssen. Keinesfalls hätten sie den fanatischen Judenhaßer zurück in die arabische Welt entlassen dürfen. Er hätte bei den Nürnberger Prozessen einen Ehrenplatz auf der Anklagebank verdient gehabt. Das wäre ein klares Signal gewesen, daß ein jüdisch-arabischer Konflikt nicht gewünscht ist. Tatsächlich entsprach das aber nicht den Zielen Englands.

England hatte große Furcht vor einem jüdisch-arabischen Großreich im nahen Osten, wobei dessen Wahrscheinlichkeit ab etwa 1917 durchaus gegeben und keineswegs abwegig war. Saudi-Arabien war das Modell dazu und war erschreckend frisch. Wenn man einen Atlas von 1900 betrachtet, dann fällt auf, daß die arabische Halbinsel keine definierten Grenzen zeigt. Das geht hoch bis zur Türkei. Die ganze arabische Halbinsel gehörte zum osmanischen Reich, inklusive Palästina. Im Osten gab es das persische Reich und im Westen schloss sich Ägypten an. Das war's. An der Ostküste, gab es einige kleine Emirate wie Kuwait, Bahrein, Doha, Abu Dhabi, Dubai, Scharjah, Fudscheira und Oman, die jedoch keine definierten Grenzen hatten. Im Süden war der unbestimmte Siedlungsraum der Jemeniten. Weil die arabische Halbinsel fast nur aus Wüsten besteht, gab es einfach keine Notwendigkeit, für die wenigen Bewohner Grenzen zu bestimmen. Die Wüste trennte sie zuverlässig.

1902 beschloss ein Beduinenfürst Namens Ibn Saud, ein Reich für sich zu erobern. Er tat das im Bewußtsein eines göttlichen Auftrags, denn er war ein strenggläubiger Wahhabi und wollte die heiligen Stätten von Mekka und Medina unter die Kontrolle der reingläubigen Wahhabis stellen. Die Türken waren zwar auch Moslems, aber ihr Glaube war in seinen Augen verkommen und korrumpiert. Nach heutigen Maßstäben war Ibn Saud ein fundamentalistischer Islamist. Ibn Saud betrieb eine geschickte Politik der Gewalt und der Diplomatie, wobei letzteres überwog. Er zog mit seinen Mannen durch das Land, knüpfte Bündnisse und heiratete bei den Stämmen, die er besuchte, Hunderte von Frauen. Das mag etwas seltsam erscheinen, hat aber tatsächlich so stattgefunden. Es funktionierte so: Als strenggläubiger Wahhabi durfte Ibn Saud nur vier Frauen gleichzeitig haben. Also verstieß er immer eine, bevor er loszog, um durch eine weitere Heirat neue Bündnisse zu festigen. Wenn er weiter zog, verstieß er diese Frau wieder. Das war keineswegs ein Affront, weder für die Frau selbst, noch für den Stamm. Ganz im Gegenteil, denn in der islamischen Welt wurde eine

Frau durch ihre Liaison mit einem Würdenträger für alle Männer begehrenswerter. Auf diese Weise brachte es Ibn Saud zu anerkannten 263 Söhnen. Die Töchter wurden nicht gezählt.

Die Osmanen sahen die Aktivitäten Ibn Sauds gar nicht gerne und versuchten, ihm Einhalt zu gebieten, was ihnen aber nicht gelang. Sie hatten den Fehler begangen, die Kontrolle über Arabien ganz auf den Seeweg zu stützen, während die Garnisonen auf ein Minimum reduziert oder gar nicht mehr besetzt waren. Das machte es unmöglich, auf die Bewegungen von Ibn Sauds Trupp schnell zu reagieren. Kriegerische Handlungen in der Wüste waren sowieso nach unseren Maßstäben völlig absurd. Erstens fanden sie nur in den Wintermonaten statt, weil es im Sommer viel zu heiß war und man sich lieber in oftmals direkt nebeneinander liegenden Wadis ausruhte. Dabei ergaben sich hin und wieder durchaus freundlich-hilfreiche Kontakte, denn das Gesetz der Wüste verlangt von jedem, Hilfe zum Überleben zu gewähren, wenn es möglich ist. Mit dem Herbst stand man sich dann wieder kriegerisch gegenüber. Das war aber auch eher unblutig und der Wettkampf beschränkte sich mehr darauf herauszufinden, wer schrecklicher brüllen kann.

Ibn Saud vergrößerte seinen Einflussbereich stetig. Letztlich wäre er aber gescheitert, wenn nicht der Erste Weltkrieg gekommen wäre. Die Osmanen hatten nämlich begonnen, die arabische Halbinsel mit Eisenbahnen zu erschließen. Die Bahn nach Mekka und Medina war 1906 bereits mit deutscher Hilfe fertig gestellt worden und die Bagdadbahn machte rasche Fortschritte. Mit diesen modernen Verkehrsmitteln wäre es den Osmanen möglich gewesen, Truppen und Nachschub in großer Menge und Geschwindigkeit zu versetzen. Dem hätte Ibn Saud nichts entgegenstellen können. Aber so weit kam es nicht. Mit der Zerschlagung des osmanischen Reichs durch die Engländer, stand Ibn Saud nichts mehr im Weg. Keiner konnte ihn daran hindern, sein Reich bis 1920 zu etablieren, das wir heute als Saudi Arabien kennen. Eine pikante Fußnote der Geschichte möchte ich nicht unerwähnt lassen: Ibn Saud wäre beinahe von den Türken geschlagen worden – nicht mit Waffen, sondern mit Darmbakterien. Die Türken trugen in ihren Körpern eine für Araber ungewohnte Darmflora. Durch mangelnde Hygiene kam es im Kampf zu einer Übertragung auf Ibn Sauds Truppe und legte diese für Tage und Wochen flach. Es ist nicht überliefert, ob die Türken diesen Vorteil aus Ritterlichkeit oder Dummheit nicht ausnutzten. Tatsache ist: Ibn Saud wurde von Anfang an von England mit Geldmitteln und Waffen unterstützt, um das osmanische Reich zu destabilisieren.

Das Beispiel Saudi Arabiens belegte 1917, daß die Bildung eines unabhängigen Großreichs von Persien bis ans Mittelmeer keine utopische Idee war, sondern eine durchaus ernst zu nehmende Wahrscheinlichkeit. Das Vakuum, das durch das Ende des osmanischen Reichs entstanden war, forderte das geradezu heraus. Dieses Reich hätte über große Reichtümer verfügt und wäre ein erstrangiger Machtfaktor nicht nur in der Region, sondern global geworden. Die größten bekannten Ölvorkommen wären von ihm kontrolliert worden und die fruchtbaren Gebiete Mesopotamiens und am Mittelmeer hätten eine üppige Versorgung der Bevölkerung gesichert. Damit das Ganze hätte funktionieren können, wäre die Zuwanderung von europäischen Juden geradezu notwendig gewesen. Sie hätten ihr modernes Wissen und Können in das junge Reich eingebracht und so der mittelalterlichen Region zu einem eigenständigen Sprung in die Moderne verholfen. Mit dieser Überlegung wird klar, was König Faisal von Syrien meinte, wenn er von der freundlichen Partnerschaft mit den Juden sprach und sie willkommen hieß. Die arabischen Herrscher waren keineswegs ungebildete Menschen und sie hatten nicht nur in Istanbul studiert, sondern auch an vielen anderen Universitäten Europas, besonders in London. So darf man keinesfalls annehmen, daß derartige Überlegungen und Pläne außerhalb der Reichweite der intellektuellen Kapazität der Araber gewesen wären. Abgesehen davon hatte die zionistische Bewegung genügend

gemäßigte intelligente Köpfe, deren Weitblick eine solche Entwicklung sicher nicht ausgeschlossen hat. Die Jahrhunderte alte Erfahrung der Juden im Zusammenleben mit anderen Völkern hätte es erleichtert, einen Modus Operandi zu finden, Juden und Araber in einem gemeinsamen Staat ohne Reibung zu vereinen. Haben sie doch gemeinsame heilige Stätten, und der Islam erkennt das alte Testament als grundlegend an.

Nun muß man die Sache aus der Sicht Englands betrachten. Ein derart gestaltetes jüdisch-arabisches Großreich wäre der größte anzunehmende Unfall für das British Empire gewesen. Nicht nur, daß den Machthabern von der Insel im Nordatlantik die Kontrolle über die Ölfelder verwehrt geblieben wäre, die sie gerade den Deutschen geraubt hatten. Auch der Weg durch den Suezkanal zu ihren Kolonien rund um den Pazifik wäre nicht mehr gesichert gewesen. Außer den irakischen und kuwaitischen Ölfeldern waren zu dieser Zeit im arabischen Raum noch keine weiteren entdeckt worden. Der Verlust der Kontrolle über dieses lebenswichtige strategische Gut durfte nicht passieren. Dazu kommt die Angst der Engländer, daß Juden in einem solchen Staat eine führende Rolle spielen würden. Dann hätte es durchaus passieren können, daß sich die Juden an die unfreundliche Behandlung erinnern, die ihnen in England über Jahrhunderte widerfahren ist. Mit einem unabhängigen jüdisch-arabischen Reich hätte man nicht mehr so umspringen können, wie mit den einzelnen mehr oder weniger korrupten arabischen Kleinfürsten.

Bei all dem darf man die Bagdadbahn nicht vergessen, die schon eine wesentliche Ursache für den Beginn des ersten Weltkriegs gewesen ist. Nach ihrer vollständigen Fertigstellung hätte diese Bahn das arabische Reich mit Berlin verbunden. Der direkte Transport des Öls von Mossul nach Deutschland wäre so auf einem natürlichen und überlegenen Weg möglich gewesen, der von keiner Seemacht angreifbar gewesen wäre. Umgekehrt hätte sich die Versorgung des arabischen Reichs mit Industriegütern aus Deutschland unmittelbar angeboten. Damit wäre eine deutsch-arabisch-jüdische Allianz die wahrscheinlichste aller möglichen Entwicklungen gewesen. Ein arabisch-jüdisches Großreich hätte auch deutsch-nationale Juden veranlassen können, dorthin auszuwandern, um an dem enormen Aufschwung mitarbeiten zu können und gleichzeitig das Gefühl einer eigenen Heimat zu genießen. Damit wäre England in genau derselben als „unerträglich“ definierten Situation gewesen wie schon vor dem Ersten Weltkrieg. Das mußte mit allen Mitteln verhindert werden. Wieder einmal wurden die Juden missbraucht für die Ziele anderer Nationen und hatten darunter entsetzlich zu leiden. Den Frieden und die Freundschaft zwischen Juden und Arabern hat England vorsätzlich zerstört, allein um seiner geostrategischen Ziele willen. Das ist ihnen so gründlich gelungen, daß es heute unmöglich erscheint, Frieden, oder noch besser Freundschaft zwischen Juden und Arabern zu erreichen. Der Terror, das Morden und Sterben, die Angst und der Haß – all das, was wir heute beinahe täglich aus Israel zu hören und sehen bekommen, ist eine direkte Folge der Politik Englands nach dem Ersten Weltkrieg.

Die Chancen eines erfolgreichen Zusammenlebens in einem jüdisch-panarabischen Großreich waren keineswegs Träumerei, sondern die im frühen 20. Jahrhundert wahrscheinlichste mögliche Entwicklung. Nur massiver Fremdeinfluss konnte sie verhindern.

In diesem Sinn muß man die Politik Englands in Palästina und Arabien bewerten. Nur so wird schlüssig, was sonst oft unverständlich bleiben muß, nur so wird auch die Weigerung Englands verständlich, den Juden, die von Hitler ausgewiesen werden sollten, die Einreise nach Palästina zu gestatten. Hier bin ich an einem weiteren heiklen Punkt angelangt.

Im Dritten Reich ist nicht von Anfang an die Rede von der „Endlösung“, der planmäßigen Ermordung der Juden. Vielmehr sollten sie aus Deutschland ausgewiesen werden. Doch das

Problem war, daß sich kein Land bereiterklärte, die Juden aufzunehmen, die von Hitlers Schergen in scheußlicher, unmenschlicher Art zusammengetrieben worden waren. Auch der Weg nach Palästina wurde ihnen von den Engländern verweigert. Selbst 1944, als die Gräueltaten nun wirklich bei den Alliierten bekannt gewesen sein mußten, haben die Engländer die Ausreise von 100.000 Juden aus Ungarn nicht nur nicht unterstützt, sondern aktiv verboten. Spätestens hier haben sie sich der unterlassenen Hilfeleistung schuldig gemacht.

Noch einmal stelle man sich vor, was die Existenz eines jüdisch-arabischen Staates für die Rettung der Juden bedeutet hätte, die von Hitlers Mordmaschine bedroht waren. Ein solcher Staat hätte die Macht gehabt, mäßigend auf Hitler einzuwirken. Als Parallele zum ausgewiesenen Judenhaßer Hussein, der von England in seinem Treiben gefördert worden ist, sollte man schon sehen, daß auch die Machtübernahme des ebenfalls als Judenhaßer ausgewiesenen Hitler nur durch die massive Unterstützung mit anglo- amerikanischem Kapital möglich gewesen ist.

Bezüglich des Einwanderungsverbots nach Palästina für Juden haben sich die Engländer später gern mit dem Argument gerechtfertigt, die politische Lage in Palästina hätte eine größere Einwanderung nicht zugelassen. Das lässt den Fakt völlig außer Acht, daß die Engländer selbst diese Situation hergestellt haben. Die weitere Entwicklung in Palästina machte es unumgänglich, daß die Juden das Heft in die Hand nehmen mußten. Das führte zur gewaltsamen Gründung des Staates Israel, der am 14. Mai 1948 proklamiert wurde. Im vorhergehenden Jahr fanden in Syrien und anderswo heftige Pogrome statt, die viele Todesopfer unter den Juden forderten. Jetzt mußte endlich ein halbwegs sicherer Zufluchtsort für die verfolgten Juden angeboten werden. Aber damit war der Bruch zwischen Juden und Arabern endgültig zementiert. Interessanterweise haben sich die Gründer des Staates Israel weitestgehend an alle Beschlüsse und Vorgaben der Vereinten Nationen und Englands gehalten. Allein die geographische Form Israels ist ein schlechter Witz. Die Zerstückelung in arabische und jüdische Gebiete spricht jeder Logik Hohn, entspricht aber den Vorgaben durch England und die UN. Und als Krönchen obendrauf noch die geteilte Hauptstadt Jerusalem. Das alles kann nur ein Herd für Konflikte auf Zeit und Ewigkeit sein. Die späteren Korrekturversuche, z.B. nach dem Sechs-Tage- Krieg, wurden von den Vereinten Nationen nicht genehmigt, obwohl sie sinnvoll gewesen wären.

Doch jetzt zu einem anderen Aspekt. Der 14. Mai 1948 ist eigentlich ein aschkenasisches Datum. Zu dieser Zeit bestand die jüdische Bevölkerung zu über 90 Prozent aus Aschkenasen. Darüber darf man ein wenig philosophieren. Es ist widersinnig, wenn aschkenasische Juden von einem Heimatrecht in Palästina sprechen, denn niemals in ihrer Vergangenheit haben ihre Vorfahren in diesem Land gelebt. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß die Araber trotzdem bis 1920 die Zuwanderer als ihre Brüder willkommen hießen. Letztlich ist es gleichgültig, wenn jemand sich auf ein Heimatrecht beruft, das das letzte Mal vor 2000 Jahren bestand, ob er überhaupt jemals Vorfahren in dieser Gegend hatte. Ich persönlich lehne den Begriff Heimatrecht für die Zuwanderung nach Israel ab. Vor allem, wenn den vertriebenen Deutschen, die selbst noch in ihrer Heimat gelebt haben, ein solches nicht zugestanden wird. Ich fordere aber ein Recht für alle Menschen auf einen Ort, der ihnen Freiheit vor Verfolgung und ein Leben unter Glaubensbrüdern bieten kann.

Mit dem Jahr 1948 war Israel der definierte Feind aller arabischen Länder geworden. Das zeigte sich sofort, als schon am Tag nach der Proklamation alle Nachbarstaaten Israel den Krieg erklärten. Das wirkte sich aber auch auf die Lebensbedingungen der (sephardischen) Juden in den arabischen Ländern aus. Mit dem friedlichen Miteinander war es vorbei. So kam ab 1948 die Masse der Zuwanderer aus arabischen Ländern und es glich mehr einer Flucht,

denn einer geregelten Auswanderung. Bis 1980 war dann auch das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Aschkenasim und Sephardim in Israel etwa ausgeglichen. Das gesellschaftliche Verhältnis untereinander war von Anfang an durch Spannungen geprägt. Die Sephardim prallten auf die modern ausgerichteten Aschkenasim, die die führenden Positionen in Politik, Wirtschaft und Militär inne hatten und etwas herablassend auf die altmodischen Sephardim herunter sahen. Ab 1967 hat sich das etwas gebessert, nachdem sich beide Gruppen gemeinsam im Kampf gegen den Feind bewiesen hatten. Aber bis heute ist es so geblieben, daß eine Eheschließung zwischen Aschkenasim und Sephardim die Ausnahme bildet, die Quote liegt unter 20 Prozent.

Es gibt in Israel noch weitere Untergruppen von Juden verschiedener Herkunft. Diese spielen aber wegen ihrer geringen Zahl keine besonders auffällige Rolle. Seit etwa 1990 sind Juden aus der ehemaligen UdSSR in großer Zahl zugewandert. Sie stellen mittlerweile etwa 20 Prozent der Bevölkerung Israels und haben erheblichen Einfluss auf das aktuelle Erscheinungsbild des Landes. So tritt die russische Sprache und Schrift auf den Speisekarten der Restaurants am Strand von Tel Aviv gleichberechtigt mit der Hebräischen und Englischen auf. Im Taxi hat man es oft leichter, wenn man russisch spricht anstatt englisch. Diese Zuwanderer aus Russland sind zu großen Teilen nicht mit der jüdischen Religion vertraut und es bleibt abzuwarten, wie viele von ihnen bleiben und welchen Einfluss sie auf die gesellschaftliche Entwicklung Israels haben werden.

Seit 1948 lebt Israel im Krieg mit seinen arabischen Nachbarn. Israel hat eine Militärmacht aufgebaut, die sich bis jetzt als überlegen erwiesen hat und den Bestand des Landes garantieren kann. Gern wird in diesem Zusammenhang auf die kriegerische Ausrichtung des Staates Israel hingewiesen und ebenso gern wird dabei vergessen, daß auch die Nachbarn über ein gewaltiges Rüstungspotential verfügen. Die Herkunft dieser Waffen ist der eigentliche Skandal. Wie schon zu Beginn, also ab 1920, haben die Engländer und Amerikaner die arabischen Staaten mit Waffen beliefert – und sie tun es bis heute. Von 1950 bis 1990 war auch die UdSSR an der Aufrüstung arabischer Staaten beteiligt, seit dem Untergang des Sowjetreiches tragen die USA und England nahezu die alleinige Verantwortung für die Aufrüstung der Region. Ihr Verhalten widerspricht allen Resolutionen der UN und den Beteuerungen der Solidarität mit Israel.

Leider hat auch die Bundesrepublik Waffen in den Nahen Osten geliefert. An Israel sowieso, weil sich Deutschland aufgrund seiner Nazi-Vergangenheit verpflichtet hat, Israel zu jeder Zeit und mit allen Mitteln zur Seite zu stehen. Bei der Lieferung von Leopard- Panzern an Saudi Arabien geschah das wohl eher unter der Prämisse “Geld regiert die Welt” und mit der Überlegung: Wenn wir schon das beste Gerät produzieren, dann wollen wir es auch verkaufen – ehe es andere tun! Auf eine moralische Bewertung will ich an dieser Stelle verzichten. Soviel nur: Deutschland schwimmt im Sog der anglo- amerikanischen Politik und muß – wenn schon politisch kastriert – wenigstens auf wirtschaftlichem Gebiet seine Leistungsfähigkeit unter Beweis stellen – auch auf dem Sektor der Rüstungsindustrie.

Wieder einmal müssen wir erleben, daß ausgewiesene Feinde Israels gefördert und bewaffnet werden – beispielhaft dafür stehen Saudi Arabien und der Irak. Die Bewaffnung Saddam Husseins war eines der schlimmsten Vergehen der USA. Erst haben sie den Irak aufrüstet, dann zu kriegerischen Handlungen ermuntert, und schließlich ins Chaos gebombt. Dazu gibt es schon so viel Literatur, daß ich hier nicht weiter darauf eingehen muß. Die Folge dieser Rüstungspolitik ist aber, daß jedes Mal, wenn Araber Waffen erhalten, Israel mindestens im gleichen Maß nachziehen muß. Das Jahr 2007 zeigt in aller Deutlichkeit die Perversion des Vorgangs: Die USA haben Saudi Arabien und Israel paritätisch mit Lieferverträgen für

Waffensysteme versorgt. Wem soll das nützen, außer der amerikanischen Waffenindustrie? Bei allen diesen Betrachtungen muß man sich darüber im Klaren sein, daß kein arabisches Land in der Lage ist, eigenständig Waffen zu produzieren, die einen feindlichen Staat beeindrucken oder gar bedrohen könnten. Das wird sich auf absehbare Zeit auch nicht ändern.

Das alte Muster wiederholt sich. Staaten werden vom anglo-amerikanischen Kapital in die Lage versetzt und ermuntert, kompromisslose Positionen einzunehmen. Das sichert einen andauernden Krisenherd. Es ist keineswegs verträumt, wenn man darüber nachdenkt, wie eine Entwicklung ohne die Lieferung moderner Waffen in den Nahen Osten aussehen könnte. Wenn die Option Krieg nicht zur Verfügung steht, muß man sich zusammensetzen und nach einer friedlichen Lösung suchen. Wenn man erlebt hat, und ich habe das selbst erfahren dürfen, was schon der Besitz eines einfachen Dolchs für das Ego eines Arabers bedeutet, kann man sich vorstellen, was der Besitz eines modernen Kampfflugzeugs anrichtet. Jeder vernünftige Kompromiss wird fortan vom derart aufgeplusterten Ego des Arabers unmöglich gemacht. Diese Erkenntnis ist keineswegs ein Produkt meiner Phantasie. Es ist die Wahrheit, und alle, die Waffen in den nahen Osten liefern, kennen sie. Für mich ist offensichtlich, daß ein umfassender Frieden im Nahen Osten nach wie vor nicht gewünscht ist.

Oftmals wird eine zionistische Verschwörung für diese Vorgänge verantwortlich gemacht. Bei genauerer Betrachtung entbehrt das jeder Logik und Grundlage. Zwar tauchen in diesem Zusammenhang immer wieder auch Namen jüdischer Politiker, Bankiers und Industrieller auf, aber diese stehen selten an der Spitze der Entscheidungen. Andererseits ist der kriegerische Zustand Israels sicher nicht förderlich für das Image des Landes und der zionistischen Bewegung. Er liefert stetig Argumente, die die Verurteilung Israels fördern für diejenigen, die nur nach solchen Argumenten suchen. Logisch kann es sowieso nicht sein, denn was sollte einen Staat bewegen, einen großen Teil seines Bruttosozialprodukts für seine Armee zu verschwenden, wenn er nicht imperiale Pläne hat? Noch dazu würde er dann dafür sorgen, daß seine Nachbarn eben nicht über Waffen verfügen, die diesen Plänen im Wege stehen werden. In diesem Sinn kann man wohl ausschließen, daß Israel und irgendwelche Zionisten als treibende Kraft für die Aufrüstung des nahen Ostens verantwortlich zeichnen müssen. Ebenso wie ich imperiale Ziele Israels ausschließe. Israel und seine Nachbarn sind nach wie vor die Opfer anglo-amerikanischer Politik und ihrer geostrategischen Ziele. .

Der aktuelle Zustand im nahen Osten ist der, daß in dieser Region einfach zu viele Waffen unterwegs sind, wie leider auch in vielen anderen Regionen dieser Welt. Der Löwenanteil dieser Waffen stammt aus anglo-amerikanischer Produktion. Damit liegt die Verantwortung für alle diese Konflikte, die im Gebrauch dieser Waffen gipfeln, ganz klar bei den Herstellern und Lieferanten, die vom anglo-amerikanischen Kapital beherrscht werden.

Die Situation ist verfahren. Dennoch darf man ein wenig spekulieren, wie eine Änderung der Politik auf den Fortgang wirken könnte. Nehmen wir an, alle Waffenlieferungen in Länder, die keine Waffen selbst herstellen können, würden eingestellt und auch Ersatzteile und Munition würden nicht mehr geliefert. In kürzester Zeit wären die Armeen dieser Länder nur noch zahnlose Infanterie. Die „entwickelten, zivilisierten“ Länder dieser Welt haben es in der Hand, diesen Zustand herbeizuführen und Millionen Menschen vor Tod und Verderben zu bewahren. Krieg wäre keine Option mehr und Millionen Soldaten könnten einer produktiven Tätigkeit zugeführt werden. Die Menschen müssten sich verständigen, anstatt sich umzubringen. Ein Frieden im nahen Osten wäre nicht zu verhindern. Nun gut, diesen Traum haben schon viele Menschen geträumt. Das ist aber kein Grund, ihn einfach aufzugeben.

Zusammenfassend stelle ich fest: Der zionistische Traum, und damit das Volk der Juden, wurde von England missbraucht für seine geostrategischen Ziele. England hat dabei keine Rücksicht auf das Leben und das Wohlergehen von Juden und Arabern genommen. Die USA haben sich frühzeitig daran beteiligt, an der Seite Englands die Destabilisierung des nahen Ostens zu betreiben. Alle Entscheidungen, die Juden und Araber betrafen, wurden unter Missachtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker getroffen. Das widersprach allen Versprechungen, die von den Engländern und den USA vor der ganzen Welt gegeben worden waren. Bis 1948 trugen die Engländer die alleinige Verantwortung für alle Vorgänge in Palästina. Ab da ist es schwierig zu unterscheiden, ob die USA oder England federführend sind – die Sache mit dem Schwanz und dem Hund. Allerdings war 1948 das jüdisch-arabische Verhältnis bereits so vergiftet, daß es klar ist, daß England allein für den jüdisch-arabischen Konflikt verantwortlich zu machen ist.

Die Eskalation dieses Konflikts machte die Gründung des Staates Israel unumgänglich und damit ist nichts, was in der Balfour Deklaration von England formuliert worden war, erreicht worden. Vor allem das Ziel, die Lebensbedingungen von Juden in anderen Ländern nicht zu beeinträchtigen, ist in sein Gegenteil verkehrt worden. Die Existenz des Staates Israel garantiert einen andauernden Konflikt im nahen Osten, für den man immer „die Juden“ verantwortlich machen kann. Die Politik Englands ist dafür verantwortlich zu machen, daß sich die Freundschaft zwischen Juden und Arabern in allen arabischen Ländern in unüberbrückbaren Haß gewandelt hat. Das setzt sich fort im Konflikt zwischen dem Islam und der westlichen Welt. Das Verhindern der Entstehung eines panarabischen Staats entspricht den geostrategischen Zielen Englands und dient bis heute den imperialen Ansprüchen der ansonsten isolierten Insel sowie – seit den 50er Jahren und dem Korea-Krieg – zunehmend auch den USA. Viele, zu viele Menschen haben deswegen ihr Leben verloren und werden es weiterhin verlieren. Die Fokussierung der allgemeinen Geschichtsschreibung des 20. Jahrhunderts auf die Verbrechen Deutschlands macht es möglich, die Verbrechen der anglo-amerikanischen Politik vor der Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit zu verstecken. Hier, und nicht nur hier, haben Juden und Deutsche ein gemeinsames Interesse, die Einseitigkeit der Geschichtsschreibung zu überwinden. Vor allem Juden haben es verdient, daß die Zuweisung der Alleinschuld am Konflikt mit den Arabern von ihnen genommen wird.

Um zu verdeutlichen, was die englische Politik tatsächlich auch im Mittelmeerraum angerichtet hat, sollte man noch einen Blick auf Zypern richten.

Zypern lebte bis 1914 im Frieden als Teil des osmanischen Reichs. Die griechische und die türkische Bevölkerung hatten keine Probleme miteinander, Moslems und griechisch-orthodoxe Christen respektierten einander in friedlicher Koexistenz. Dann kamen die Engländer. Sie besetzten 1914 Zypern, um einen Militärstützpunkt im östlichen Mittelmeer zu haben. Begehren der Zyprioten an die Engländer, ihr Land wieder zu räumen, wurden ignoriert und die Lebensbedingungen auf der Insel verschlechterten sich mit der Besetzung durch England drastisch. Die einstmals gute Versorgungslage der Bevölkerung wurde von Hunger und Elend abgelöst, was aber noch nicht zu Spannungen zwischen Griechen und Türken führte. Erst die einseitige Förderung der Interessen des griechischen Anteils der Bevölkerung durch die Engländer, ließ Animositäten aufkommen.

Dennoch war noch immer eine Gemeinsamkeit der Interessen bei den Zyprioten vorhanden. Das zeigte sich bei den Aktionen gegen die englischen Besatzer, die 1931 in einem offenen Aufstand gipfelten, bei dem das Haus des englischen Gouverneurs in Flammen aufging. Die Engländer verstanden es aber, beginnend 1923, die Feindschaft zwischen Griechen und Türken zu schüren, was schließlich zur Teilung des Landes führte, die aber immer noch gegen

den erklärten Willen der Zyprioten geschah. Sukzessive konnten die Engländer den Zorn auf ihre Besetzung umlenken auf einen mittlerweile tatsächlich vorhandenen internen Konflikt zwischen Griechen und Türken. Dieser Konflikt beschäftigt die Welt bis heute und scheint schwer beizulegen.

In der Zwischenzeit war es nötig, UN-Soldaten auf Zypern zu stationieren, um das Unheil, das durch die Politik Englands entstanden ist, ein wenig zu mildern. Parallele dazu findet sich in Palästina.

1960 hat England Zypern aus dem Kolonialstatus entlassen, sich aber noch einige Enklaven behalten und das einst gesunde Zypern in einem chaotischen Zustand hinterlassen. Viele Menschen haben den Tod gefunden, Haß und Rache sind die Begleiter des Lebens der einst friedlichen Zyprioten geworden. Die Aufmerksamkeit der Welt hat Zypern zur Seite gelegt. Vielleicht weil andere Konflikte in den Vordergrund gerückt sind, vielleicht aber auch, weil es dort kein Öl gab. Wie dem auch sei, bin ich der Meinung, daß es notwendig ist, sich der verbrecherischen Politik Englands zu erinnern, die die Konflikte im östlichen Mittelmeer verursacht hat. (Nachtrag zur dritten Auflage: Mittlerweile wurden in Zypern beachtliche Gasvorkommen nachgewiesen und – wen wundert's - nahezu zeitgleich ist Zypern von einer Finanzkrise heimgesucht worden, die beinahe den Ausschluss aus dem Euro zur Folge gehabt hätte.)

Die Parallelität zwischen Zypern und Palästina läßt eine Methodik erkennen, die ohne Rücksicht auf Menschenleben vorgeht. Auch auf Zypern wurde das Selbstbestimmungsrecht der Völker mit Füßen getreten.

Die Fortsetzung der englischen Politik der Konfliktförderung in Palästina ist in der Verteufelung des Islam zu sehen. Auch hier sind unüberbrückbare Feindseligkeiten aufgebaut worden, die die ganze Welt bedrohen und im Grunde jeder Basis entbehren. Aber damit kann eine fortschreitende Einschränkung der Freiheit und eine andauernde Hochrüstung bequem begründet werden.

Für dieses Kapitel habe ich eine Vielzahl unterschiedlicher Quellen verwendet. Wegen vieler Überschneidungen ist es nicht sinnvoll, an allen Stellen direkte Zuordnungen zu den einzelnen Quellen zu machen. Das hätte zu einem Wust von sich wiederholenden Fußnoten geführt. Deshalb habe ich auf die direkte Zuordnung mit Fußnoten verzichtet und führe im Folgenden eine Auswahl der verwendeten Quellen auf:

haGalil.com / im einzelnen:

Hadj Amin al-Husseini als willfähriger Helfer der Briten

Großmufti Hadji Amin al-Husseini wechselt zurück ins andere Lager

Zur Lage der Juden in einzelnen arabischen Staaten vor der Verkündung der UN

Resolution Nr. 181, am 29. November 1947

Der Beschluss der Vereinten Nationen zur Gründung des Staates Israel und die Reaktion der arabischen Staaten

Zur Lage der Juden in einzelnen arabischen Staaten nach der Verkündung der UN Resolution Nr. 181, am 29. November 1947

Gerechtigkeit für die jüdischen Flüchtlinge aus arabischen Staaten

Max Kreuzberger , Georg Landauer, Der Zionismus im Wandel dreier Jahrzehnte. Tel Aviv 1957

Hermann Meier-Cronemeyer, Kleine Geschichte des Zionismus. Von den Anfängen bis 1948. Berlin 1980.

Arnold Toynbee, A Study of History Volume XII Reconsiderations, Royal Institute of International Affairs, Oxford University Press, London 1961

Deniz Togar "Theories on the Rise of Arab Nationalism: George Antonius in Comparative Perspective", Presented at University of Chicago 16th Annual Middle East Theory and History Conference, May 10-11,2001

William Ziff, „The Rape of Palestine“, Chicago 1938 palestinefacts.org

Ben-Sasson, Geschichte des jüdischen Volkes von den Anfängen bis zur Gegenwart, 1995, C.H.Beck München

Mansfield, Peter (1992). The Arabs. London: Penguin Books, B. Dugdale (1939): "Arthur James Balfour"

Gerhard Höpp: Mufti-Papiere. Briefe, Memoranden, Reden und Aufrufe Amin al-Husainis aus dem Exil 1940-1945 Hans Schiler, Berlin 2002

Matthias Küntzel: Dihad und JudenHaß, 2. Auflage. Ca Ira, Freiburg 2002,

Walter Hollstein: „Kein Frieden um Israel“. Zur Sozialgeschichte des Palästina-Konflikts, Fischer-TB-Verlag, 1972,

Younes R. Altamemi: „Die Palästinaflüchtlinge und die Vereinten Nationen“. Wilhelm Braumüller-Universitätsbuchhandlg., Wien 1974,

David Ben Gurion: Rebirth and destiny of Israel. New York 1954 R. Meinerzhagen: Middle East Diary 1917–1956. London 1959 A. Taylor: Prelude to Israel. New York 1959 N. Safran: The United States and Israel. Harvard 1963

Nahum Goldmann: Das jüdische Paradox - Zionismus und Judentum nach Hitler, 1978, eva, Hamburg,

ENCYCLOPAEDIA JUDAICA: VVB Lauffersweiler Verlag, Giessen 2004